

Wahlprüfstein DIE LINKE

Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in Sachsen-Anhalt
Breiter Weg 213
39104 Magdeburg

Entlastung von Familien, Gesundheit und Pflege, Chancengleichheit

1. Entlastung von Familien

Zur Gründung und Unterhaltung einer Familie bedarf es einer ausreichenden wirtschaftlichen Basis. Die Förderung der Familien ist deshalb politisch stärker in den Blick zu nehmen, um gesellschaftliche Stabilität als Basis funktionierender Sozialsysteme zu gewährleisten. Wir brauchen einen gerechten Familienleistungsausgleich, in dem der Staat die Leistung und Verdienste von Familien für die Gesellschaft (Sicherstellung des Generationenvertrages u.v.m.) anerkennt. Außerdem muss durch einen gerechten Familienlastenausgleich gewährleistet werden, dass Familien gegenüber Kinderlosen nicht weiter benachteiligt werden.

Wie wollen Sie das Steuerrecht reformieren, um mehr Gerechtigkeit für Familien zu erreichen?

Wir wollen den Steuergrundfreibetrag anheben und damit untere und mittlere Einkommen entlasten. Das Ehegattensplitting wollen wir zugunsten einer Individualbesteuerung abschaffen, bei der tatsächliche Erziehungs- und Pflegeleistungen berücksichtigt werden. Ehepaare mit unterem und mittlerem Einkommen werden durch den Wegfall des Ehegattensplittings in unserem Konzept nicht zusätzlich belastet, da wir gleichzeitig den Einkommensteuertarif zu ihren Gunsten ändern wollen. Insbesondere Familien mit Kindern werden davon profitieren, da wir die tatsächlichen Erziehungsleistungen steuerlich begünstigen werden.

Durch welche rentenbezogenen Leistungen sollte u.a. der Beitrag von Familien zum Generationenvertrag gewürdigt werden?

Für vor 1992 geborene Kinder sollen wie für nach 1992 geborene drei Jahre Kindererziehungszeit in der Rente angerechnet werden. Diese Angleichung soll in einem Schritt umgesetzt werden und für Neurentner/innen und Bestandrentner/innen gelten. Denn für eine ungleiche Behandlung von Erziehungszeiten in der Rente gibt es keine sachliche Rechtfertigung. Auch die Rentenansprüche für Pflegende von Angehörigen sollen verbessert werden. Die Würdigung des Beitrags von Familien zum Generationenvertrag durch die Kindererziehungszeiten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die aus Steuern finanziert werden muss.

Welche weiteren Leistungen gehören für Sie zu einem für die Familien spürbaren Lastenausgleich?

Wir wollen die Transferzahlungen für Eltern und Kinder verbessern – unabhängig davon, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder sie in eine Kindertageseinrichtung geben. Das Kindergeld wollen wir auf 200 Euro anheben, den Kinderzuschlag auf 200 Euro für unter sechsjährige, 236 Euro für sechs bis 14-jährige und auf 272 Euro für ältere Kinder. Auch die Hartz IV-Regelsätze für Kinder und Erwachsene wollen wir neu berechnen und erhöhen. Die Leistungen für Kinder wollen wir perspektivisch zu einer Kindergrundsicherung zusammen fassen, die sich am tatsächlichen steuerlichen Existenzminimum orientiert, das aktuell bei 536 Euro liegt. Das Elterngeld wollen wir weiter entwickeln, so dass jedes Elternteil einen unübertragbaren Anspruch von 12 Monaten (Alleinerziehende von 24 Monaten) erhält. Die Inanspruchnahme des Elterngeldes wollen wir auch in Teilabschnitten bis zur Vollendung des siebten Lebensjahrs des Kindes ermöglichen sowie ein Teilzeelterngeld einführen. Durch den Ausbau einer gebührenfreien Bildungsinfrastruktur und die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur, die wir anstreben, werden wir Familien mit Kindern ebenfalls entlasten.

2. In Würde und Selbstbestimmung alt werden

Selbstständigkeit durch Unterstützung bis ins hohe Alter ist eine Voraussetzung für Lebensqualität. Die politischen Anstrengungen müssen darum auf den möglichst langen Erhalt der Selbstständigkeit alter und kranker Menschen gerichtet sein, aber auch die Angehörigen müssen vor Überforderung bewahrt werden. Insbesondere bei Pflegebedürftigkeit müssen nicht nur die pflegebedürftigen Menschen selbst, sondern auch ihr Umfeld beachtet werden. Der demografische Wandel bringt es mit sich, dass zukünftig immer weniger Einzahlern in die Renten- und Pensionskassen immer mehr ältere Menschen gegenüberstehen, die daraus Leistungen erwarten können. Dieses Missverhältnis verunsichert viele Menschen, die Angst vor starken finanziellen Einbußen für sich und ihre Kinder haben.

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie zur Weiterentwicklung eines leistungsfähigen, bedarfsgerechten und solidarischen Kranken- und Pflegeversicherungssystems?

DIE LINKE möchte Solidarität und Qualität in der Gesundheitsversorgung und ein Ende der Zwei-Klassen-Medizin. Zentrales Reformprojekt ist die solidarische Gesundheitsversicherung („Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege“). Alle zahlen mit allen Einkommen und Einkommensarten ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt, der medizinische Fortschritt wird einbezogen.

Eine solidarische Finanzierung ist zukunftssicher, weil sie an den richtigen Stellschrauben ansetzt. Die Gesundheitsausgaben liegen seit 20 Jahren konstant bei 10 bis 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – es gibt also keine Kostenexplosion. Die Beiträge der GKV steigen, weil sie nur aus den sinkenden Lohn- und Gehaltsanteilen gezahlt werden. Die am schnellsten wachsenden Einkommen (Gewinne und Kapitalerträge) werden nicht herangezogen. Das Einbeziehen aller Einkunftsarten in die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung ist also logisch und sinnvoll.

Auch wer wenig Geld hat, soll die Möglichkeit haben, seine Gesundheit gut zu erhalten. Eine solidarische Gesellschaft muss Reichtum von oben nach unten, von privat nach öffentlich verteilen und damit eine leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge für alle bereitstellen. Alle medizinisch notwendigen Leistungen müssen wieder von der Krankenkasse bezahlt werden. In den letzten Jahren wurde das Gesundheitswesen immer stärker an Markt- und

Gewinninteressen ausgerichtet. Profitorientierung und Wettbewerb führen beispielsweise dazu, dass notwendige Behandlungen abgelehnt und vermehrt teure Leistungen ohne nachgewiesenen Nutzen angeboten werden. Wir setzen uns für eine wissenschaftlich fundierte Versorgung ein, die nicht den Gewinn für die Anbieter, sondern die optimale Therapie für die Patientinnen und Patienten und bestmögliche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in den Mittelpunkt stellt.

Inwieweit wird Ihre Partei pflegende Angehörige und informell Pflegende stärker unterstützen?

DIE LINKE fordert, die Rahmenbedingungen für Angehörige und Ehrenamtliche zu verbessern: Die deutliche Anhebung der Leistungen der Pflegeversicherung eröffnet die Möglichkeit, in der häuslichen Umgebung gepflegt zu werden und stärker auf ambulante Dienste zurückgreifen zu können. Wir fordern die Einführung einer sechswöchigen bezahlten Pflegezeit für Erwerbstätige, die der Organisation der Pflege und der ersten pflegerischen Versorgung von Angehörigen oder nahestehenden Personen dient. Für Personen, die die Pflege dauerhaft übernehmen wollen, sind Teilzeitvereinbarungen und flexible Arbeitszeitregelungen zu ermöglichen (vgl. Bundestagsdrucksache 17/1754). Die notwendige Infrastruktur ist weiter auszubauen, um eine professionelle, unabhängige und wohnortnahe Beratung, Anleitung, Betreuung und Supervision auf hohem Niveau flächendeckend sicherzustellen. Alternative Wohn- und Versorgungsformen sind weiter auszubauen. Es ist darauf hinzuwirken, dass hierfür in angemessenem Umfang finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Die Rentenversicherungsbeiträge für Zeiten der Pflege von Angehörigen sind zu verbessern, damit die oft langjährige Pflege nicht zu Rentenlücken und Altersarmut führt.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass auch künftig ausreichend und qualifizierte Fachkräfte Gesundheits- und Pflegeberufe ausüben wollen und werden?

Gute Ausbildung – Gute Arbeit – Gute Pflege! Mit diesem Motto fordert DIE LINKE eine bessere gesellschaftliche Anerkennung der Pflege. Pflege ist eine schwere und anspruchsvolle Arbeit, die anerkannt und entsprechend bezahlt werden muss. Deutlich höhere Löhne sind unerlässlich. Die Anhebung des Leistungsniveaus der Pflegeabsicherung eröffnet dafür den finanziellen Spielraum. Um die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten, sind die Arbeitsgestaltung, das Maß an Selbstbestimmung, der Abbau von Belastungen, soziale Absicherung und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf zu verbessern.

Mini- und Midijobs in der Pflege müssen in reguläre und tariflich bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt werden. Dabei ist neben der Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns vor allem die Stärkung des Tarifsystems und der Tarifbindung unerlässlich. Dies wird, ausgehend von der aktuellen Rechtslage, durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz erreicht. Mit der Ausweitung auf alle Branchen und Einbeziehung von kompletten Entgelttabellen sichert dies vielen Menschen in der Pflege ein Arbeitsverhältnis mit Tarifbindung. Der Pflegemindestlohn als unterste Grenze verhindert Dumpinglöhne – nicht mehr und nicht weniger. Wir fordern die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde und gleiches Geld für gleiche Arbeit in Ost und West. Die Ausbildung ist zeitgemäß weiterzuentwickeln. Eine integrierte dreijährige Berufsausbildung

mit zweijähriger einheitlicher Grundausbildung und einjähriger Schwerpunktsetzung mit gleichwertigen Abschlüssen ist der richtige Weg. Durchlässigkeit zwischen den Pflegeberufen und innerhalb des Bildungssystems und der Zugang zu einschlägigen Pflegestudiengängen soll ohne zusätzliche Hochschulzugangsberechtigung auf Grundlage der dreijährigen Ausbildung möglich sein. Eine solidarische Finanzierung der Pflege durch unsere Bürgerinnen- und Bürgerversicherung kann nachweislich den Spielraum zur Finanzierung höherer Löhne und besserer Pflege schaffen.

3. Chancengleichheit durch Beteiligungsgerechtigkeit in der Bildungspolitik

In den letzten Jahren hat sich in unserer Gesellschaft die Schere zwischen Armen und Reichen, zwischen Alten und Jungen, zwischen Arbeit besitzenden und solchen ohne immer weiter geöffnet. So wurde in internationalen Vergleichen konstatiert, dass in Deutschland, die soziale Herkunft eines Kindes stärker als in anderen europäischen Ländern, ihre Zukunft bestimmt. Verfügen Eltern z.B. über die nötigen Mittel, können eventuelle Mängel in der Schulbildung durch Zukauf von Dienstleistungen (Nachhilfe, Musikschule usw.) ausgeglichen werden. Außerdem haben Eltern mit einem höheren Bildungsabschluss einen Wettbewerbsvorteil gegenüber schlechter ausgebildeten Eltern, da sie ihre Kinder oft kompetenter unterstützen können. Im gesamten Bildungswesen müssen also unabhängig von der Herkunft und vom Einkommen für alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Chancen bestehen und gemäß ihrer Eignung die richtige Förderung und die richtigen Zugänge zu erfolgreichen Bildungswegen zu finden. Die Herausforderungen, mit denen Familien heute konfrontiert werden, haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Unter der Devise: „Lernen, Familie zu leben“ versteht sich Familienbildung deshalb als ein wichtiger präventiver Arbeitsbereich im Gesamtbild der Familienförderung. Besonders stehen dabei Angebote für Eltern mit Erziehungsverantwortung im Mittelpunkt.

Was wollen Sie dafür tun, dass in den Kindertagesstätten genügend gut ausgebildete pädagogische Fachkräfte vorhanden sind, die über die Betreuung hinaus altersgemäße Bildungsanreize geben können?

Die Sicherung anspruchsvoller Bildungsangebote für Kinder schon vor der Schule ist eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Gut ausgebildetes pädagogisches Personal ist eine unerlässliche Voraussetzung, wenn Kindereinrichtungen ihrem anspruchsvollen Bildungsauftrag gerecht werden sollen. Um den Rechtsanspruch auf Betreuung vom ersten Lebensjahr an für alle zu gewährleisten, bedarf es deutlich mehr gut ausgebildeter Erzieher/innen als zur Verfügung stehen. Zudem muss die Attraktivität des Erziehungsberufes spürbar erhöht werden – entsprechend der gesellschaftlichen Bedeutung der dort geleisteten Arbeit.

Bereits 2010 haben wir im Bundestag auf das Problem hingewiesen und ein Fachkräfteprogramm „Bildung und Erziehung“ beantragt (DS 17/2019). Vorgeschlagen wurden u.a. ein Sonderprogramm zur Finanzierung zusätzlicher Lehramtsstudienplätze im Rahmen des Hochschulpakts, die Aufstockung der vollzeitschulischen Ausbildungsplätze für Erzieher/innen, ein berufsbegleitendes Weiterbildungsprogramm sowie die Entwicklung von Ausbildungsangeboten für Erzieher/innen an Hochschulen.

Darüber hinaus schlägt DIE LINKE vor, die Inhalte der Ausbildung von pädagogischen Fachkräften den gewachsenen Anforderungen anzupassen und das Niveau der Ausbildung von

Erzieher/innen für Kindertageseinrichtungen schrittweise auf Hochschulniveau anzuheben. Dazu sind in den vergangenen Jahren erste Schritte gegangen worden, aber die Anstrengungen reichen noch lange nicht aus. Das Angebot an Hochschulausbildungen im Erziehungsberuf muss deutlich ausgeweitet werden und es sollte geprüft werden, ob es möglich ist, die derzeitigen Ausbildungsgänge entsprechend anzupassen.

Wie wollen Sie, unabhängig von der Länderhoheit in dieser Frage, den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?

DIE LINKE will, dass gute Bildung für alle gesichert und soziale Ausgrenzungen überwunden werden. Wir wollen ein inklusives Bildungssystem, in dem Bildungsbarrieren abgebaut und Nachteile ausgeglichen werden, dass allen unabhängig von sozialen und persönlichen Voraussetzungen bestmögliche individuelle Förderung garantiert.

Das gegliederte Schulsystem mit seiner frühzeitigen Zuteilung von Bildungschancen muss überwunden werden. In der Gemeinschaftsschule können die Schüler/innen von der ersten Klasse bis zum Abitur ohne Schulwechsel gemeinsam lernen und werden individuell gefördert. Sie können entsprechend ihrer Leistungen dort alle Schulabschlüsse machen – bis hin zum Abitur. An Gemeinschaftsschulen gibt es kein zwangsweises Sitzenbleiben und keine feste Aufteilung in nach Leistung sortierten Gruppen (keine sog. äußere Fachleistungsdifferenzierung). Dafür gibt es verschiedene Angebote, die den Interessen und Neigungen sowie dem individuellen Lernen der Schüler/innen Rechnung tragen. Die Schulen öffnen sich dem sozialen Umfeld und arbeiten mit Verbänden und Vereinen zusammen. Außerunterrichtliche und außerschulische Bildungsangebote wie Musik- und Kunstschulen, Sportvereine und Vereine der kulturellen und politischen Jugendbildung tragen zur Vielfalt der Bildungslandschaften bei.

Gemeinschaftsschulen können - wie die Studie zu den Berliner Gemeinschaftsschulen zeigt – den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Lernerfolg nachweislich entkoppeln. Zudem profitieren vom längeren gemeinsamen Lernen und der individuellen Förderung nicht nur die „leistungsschwachen“ Schüler/innen, sondern auch die „leistungsstarken“ Schüler/innen.

Wie stehen Sie zur Unterstützung von Eltern durch Angebote der Familienbildung und -Förderung?

Eltern brauchen in ihrem Alltag mit Kindern immer wieder Unterstützung. Angeboten der Familienbildung und -Förderung kommt dabei eine bedeutende Rolle in einer insgesamt gut ausgestatteten sozialen Infrastruktur zu. Hier gibt es viel zu tun, da die soziale Infrastruktur in den Kommunen in den vergangenen Dekaden unter den Sparmaßnahmen stark zu leiden hatte und die unterschiedliche finanzielle Ausstattung der Kommunen zu einem sehr unterschiedlichen Gefüge in dieser sozialen Infrastruktur geführt hat. DIE LINKE möchte die soziale Infrastruktur ausbauen und mit niedrigschwelligen Angeboten allen Familien zugänglich machen.

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht bis heute die Herausforderung geeignete Rahmenbedingungen zu gestalten, damit Männer und Frauen beide Lebensbereiche ihren Vorstellungen nach miteinander verbinden können. In der Sorge für den Lebensunterhalt und in der Zuwendung für Kinder geraten Eltern immer stärker unter zeitlichen Druck. Gerade in Familien mit mehreren Kindern müssen häufig beide Elternteile das notwendige Familieneinkommen erwirtschaften. Aus diesem Grund sollte es das Ziel sein, bessere Voraussetzungen für eine gute Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu schaffen. Beispiele wären eine familienorientierte Unternehmenskultur, die die Bedürfnisse von Eltern berücksichtigt, flexible Arbeitszeitmodelle und eine Infrastruktur, die es Eltern ermöglicht, sich ihren Familien und dem Beruf zu widmen. Außerdem muss eine Rückkehrkultur ausgebaut werden, die die Rückkehr in den Beruf nach der Elternzeit erleichtert. Es gilt mehr Handlungsspielräume von Müttern und Vätern für eigenverantwortlich und partnerschaftlich konzipierte Biografien zu schaffen und zu sichern.

Wie werden Sie zukünftig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter fördern und ausbauen?

Damit Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Frage der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und der Bereitschaft zum Entgegenkommen der Arbeitgeber ist, wollen wir die Rechte von Eltern im Berufsleben stärken. Dazu wollen wir den Kündigungsschutz für Eltern ausweiten, die Situation von Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern nach der Elternzeit durch ein ausdrücklich im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz verankertes Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz stärken und Eltern mit Kindern unter 12 Jahren ein Initiativrecht zur Gestaltung ihrer Arbeitszeit einräumen. Außerdem wollen wir das Recht auf Teilzeitarbeit durch einen Rechtsanspruch auf Rückkehr auf eine Vollzeitstelle bzw. auf eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit ergänzen. In der Pflege fordert DIE LINKE eine voll bezahlte sechswöchige Pflegezeit für Erwerbstätige, die der Organisation der pflegerischen Versorgung dient, die Anhebung der Leistungen der Pflegeversicherung sowie die Stärkung professioneller Pflege und begleitender Angebote zur Unterstützung der Angehörigen. Wir wollen außerdem eine neue Debatte über Arbeitszeit anstoßen: Die 30 Stundenwoche für alle soll dabei Leitbild und Grundlage für eine neue Vollbeschäftigung und eine gleichmäßigere Aufteilung der Familienarbeit zwischen den Geschlechtern sein.

Wie wollen Sie sich für eine familienorientierte Kultur in Unternehmen einsetzen?

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass gesetzliche Grundlagen unerlässlich für eine familienfreundliche Arbeitswelt und eine damit einhergehende familienorientierte Kultur in Unternehmen sind. Erst wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Frage der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und der Bereitschaft zum Entgegenkommen der Arbeitgeber mehr ist, wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Unternehmen eine Selbstverständlichkeit sein, wie es heute mit Urlaubsanspruch oder der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall der Fall ist. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Genuss entsprechender Regelungen kommen. Dies wird das Betriebsklima positiv beeinflussen und eine familienorientierte Kultur begünstigen.

Wie wollen Sie Eltern nach der Erziehungszeit die Rückkehr an ihren Arbeitsplatz erleichtern?

Während der Elternzeit sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Anspruch darauf haben, sich weiterzubilden sowie an Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen des Betriebes teilzunehmen. Wir wollen das Elterngeld ausbauen: mit einem Teilzeelterngeld wollen wir eine schrittweise Rückkehr in den Betrieb ermöglichen bzw. auch die Möglichkeit schaffen, nur in eine Teilerziehungszeit zu gehen. Mit der Verlängerung des Elterngeldbezugszeitraumes auf je 12 Monate je Elternteil bei gleichzeitiger Möglichkeit, die Elternzeit aufzuteilen und bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres des Kindes auch in Teilsprüchen in Anspruch zu nehmen, schaffen wir vielfältige individuell ausgestaltbare Varianten, den Erziehungsurlaub zu gestalten und die Rückkehr an den Arbeitsplatz zu staffeln.

5. Familienarmut

Jedes sechste Kind in Deutschland lebt dauerhaft oder vorübergehend in Armut. Aufwachsen in Armut hat für Eltern und Kinder negative Auswirkungen auf Bildungschancen, Gesundheit, Selbstbewusstsein und gesellschaftliche Teilhabe. Armut bestimmt daher nicht nur die Gegenwart von Familien, sie bestimmt auch über die Zukunftschancen der Eltern und ihrer Kinder. Das höchste Armutsrisiko in Deutschland haben Alleinerziehende mit zwei oder mehr Kindern. Die Mütter sind in ihrer Erwerbsarbeit massiv eingeschränkt und ohne ausreichende soziale Grundsicherung für die Familie.

Wie stehen Sie zu einer eigenständigen sozialen Sicherung von Kindern?

DIE LINKE setzt sich für eine Grundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen ein. Sie muss sich am tatsächlichen verfassungsrechtlichen Existenzminimum der Kinder orientieren. Dieses liegt derzeit bei 536 Euro. Als Sofortmaßnahme müssen das Kindergeld und der Kinderzuschlag erhöht sowie die Hartz-IV-Regelsätze verfassungsgerecht berechnet und entsprechend erhöht werden. Das Kindergeld wollen wir auf 200 Euro anheben. Den Kinderzuschlag wollen wir deutlich erhöhen auf 200 Euro für unter sechsjährige, 236 Euro für sechs bis 14-jährige und auf 272 Euro für ältere Kinder. Außerdem brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde und eine Politik für gute Arbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Denn Kinderarmut ist in der Regel auf Elternarmut zurückzuführen.

Welche politischen Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach erforderlich für den Ausbau flexibler und auskömmlicher Arbeitsplätze für Alleinerziehende?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss massiv verbessert werden. Dazu bedarf es auch eines flächendeckenden und bedarfsgerechten Angebots an Kindertagesbetreuungsmöglichkeiten. Um die berufliche Qualifikation sowie die Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt zu verbessern, wollen wir den Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildung und spezielle Weiterbildungsmöglichkeiten einführen. Außerdem will DIE LINKE prekäre Beschäftigungsverhältnisse, von denen überproportional häufig Frauen betroffen sind, zurückdrängen. Minijobs wollen wir mit regulärer Beschäftigung gleich stellen. Damit Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine Frage der individuellen Durchsetzungsfähigkeit und der Bereitschaft zum Entgegenkommen der Arbeitgeber ist, wollen

wir die Rechte von Eltern im Berufsleben stärken: den Kündigungsschutz für Eltern ausweiten, Ein Rückkehrrecht von Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern nach der Elternzeit auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz einführen, Eltern mit Kindern unter 12 Jahren ein Initiativrecht zur Arbeitszeitgestaltung einräumen sowie das Recht auf Teilzeitarbeit durch einen Rechtsanspruch auf Rückkehr ergänzen.

Um Alleinerziehende und ihre Kinder ausreichend abzusichern, muss außerdem der Unterhaltsvorschuss entfristet und bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes ausbezahlt werden. Das Elterngeldes wollen wir ausbauen und Alleinerziehenden einen Anspruch auf 24 Monate Elterngeld gewähren, der in Teilabschnitten bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres eingelöst werden kann.

Wie wollen Sie die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe von armen oder von Armut bedrohter Familien verbessern?

Jenseits eines Existenzminimums, das geeignet ist, Armut tatsächlich zu überwinden und gesellschaftliche Teilhabe sicher zu stellen, liegt der Schlüssel für eine erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe von armen oder von Armut bedrohten Familien im Ausbau einer öffentlichen sozialen Infrastruktur mit niedrigschwelligen Angeboten für Kinder, Jugendliche und Familien. Wir brauchen gute Kitas, gute Schulen, Familienzentren, Bibliotheken, Schwimmbäder, Musikschulen, sowie eine starke kommunale Kinder und Jugendhilfe mit Kinder- und Jugendzentren, Kinder- und Jugendsozialarbeit, Kinder- und Jugendfreizeiten etc. Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern benötigen eigene gestaltbare Räume, in denen sie sich abseits von Kostenzwängen treffen können sowie Unterstützung erfahren. Dabei sind Partizipation und Mitbestimmung sowie eine angemessene pädagogische und kulturelle hauptamtliche Begleitung sicherzustellen.

DIE LINKE fordert daher eine gebührenfreie Kinderganztagesbetreuung. Darüber hinaus muss Kindern und Jugendlichen ein gebührenfreier Zugang zu öffentlichen kulturellen Einrichtungen wie Museen, Bibliotheken, Theatern, Musikschulen ermöglicht werden. Deswegen fordert DIE LINKE ein Sonderprogramm des Bundes, um den Wiederaufbau und Ausbau der weggefallenen Strukturen in der Kinder- und Jugendhilfe zu fördern. DIE LINKE möchte die Kommunen stärken, damit sie diese soziale Infrastruktur vorhalten und ausgestalten kann. Mit diesen Maßnahmen möchten wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendliche am gesellschaftlichen Leben teilhaben können und alltäglich gefördert werden und dies vollkommen unabhängig von ihrer Herkunft.